EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2008/2234(INI)

22.1.2009

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zu den Problemen und Perspektiven der Unionsbürgerschaft
(2008/2234(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Panayiotis Demetriou

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. stellt mit Bedauern fest, dass der Fünfte Bericht über die Unionsbürgerschaft keine konkreten Vorschläge bezüglich der Ausübung der Rechte der Bürger und der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, diese Rechte in der Praxis zu schützen, enthält; fordert in dieser Hinsicht im Rahmen des Sechsten Berichts einen stärker vorausschauenden Ansatz;

2. zeigt sich enttäuscht über das Versäumnis der Kommission, sich während der Vorbereitung des Fünften Berichts mit Vertretern der Zivilgesellschaft zu beraten und erwartet, dass eine solche Beratungen während der Vorbereitung des Sechsten Berichts, wie von der Kommission zugesichert, stattfinden wird;

3. weist angesichts der Ergebnisse des Flash Eurobarometer Nr. 213 (Eurobarometer-Umfrage 2007), denen zufolge sich lediglich 31 % der Befragten als gut informiert über ihre Rechte als Unionsbürger betrachten, darauf hin, dass es unbedingt notwendig ist, bessere und wirksamere Informationskampagnen (z. B. Einführung eines Programms zur Unionsbürgerschaft in Schulen und Universitäten zur Vorbereitung der jüngeren Generation auf eine aktive Unionsbürgerschaft) durchzuführen;

4. ist unter anderem angesichts der geringen Zahl der Unionsbürger, die in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Herkunftsstaat ansässig sind und die Gelegenheit nutzen, bei den Europawahlen oder bei Kommunalwahlen an ihrem Wohnort ihre Stimme abzugeben oder als Kandidat anzutreten, sowie angesichts der praktischen Hindernisse, mit denen potenzielle Wähler in Bezug auf die Wahrnehmung ihrer Rechte zu oft zu tun haben, der Auffassung, dass die Europawahlen 2009 als Möglichkeit zur Vorbereitung und Durchführung eines gesamteuropäischen Aktionsplans gesehen werden sollten, der die europäische Identität der Unionsbürger entwickeln und die Unionsbürger mit ihren Rechten vertraut machen soll; bedauert deshalb, dass hierauf im Fünften Bericht in keiner Weise eingegangen wird;

5. hebt hervor, dass Initiativen ergriffen werden müssen, die die mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte für junge Menschen besser bekannt machen; betont deshalb, wie wichtig Programme wie „Jugend in Aktion für den Zeitraum 2007-2013“ sind, das eingerichtet wurde, um einen strukturierten Dialog mit jungen Menschen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu erleichtern;

6. begrüßt die vor kurzem angenommene politische Erklärung mit dem Titel „Partnerschaft für die Kommunikation über Europa“ und vertritt die Ansicht, dass einer Informationskampagne über die Unionsbürgerschaft und über die konkreten daraus erwachsenden Rechte grundlegende Priorität zugeschrieben werden sollte;

7. fordert die Kommission auf, Pläne zur Umsetzung der im Vertrag von Lissabon vorgesehenen „Bürgerinitiative“ auszuarbeiten, auch wenn dieser derzeit noch das

Ratifizierungsverfahren durchläuft;

8. fordert die notwendigen Reformen der Europawahlverfahren in allen Mitgliedstaaten mit dem Ziel, diese Verfahren stärker zu vereinheitlichen und Wege zu finden, durch die eine aktive Unionsbürgerschaft gefördert werden kann (z. B. durch länderübergreifende Wahllisten), und fordert die Durchführung entsprechender Informationskampagnen nach Abschluss der oben genannten Reformen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	22.1.2009
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 20 –: 3 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Enrique Barón Crespo, Richard Corbett, Jean-Luc Dehaene, Andrew Duff, Anneli Jäätteenmäki, Aurelio Juri, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Timothy Kirkhope, Jo Leinen, Íñigo Méndez de Vigo, Ashley Mote, Adrian Severin, József Szájer, Riccardo Ventre, Andrzej Wielowieyski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Costas Botopoulos, Carlos Carnero González, Panayiotis Demetriou, Roger Helmer, Klaus-Heiner Lehne, Gérard Onesta, Sirpa Pietikäinen, Kathy Sinnott, Mauro Zani